Nachrichten

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **4 (1982)**

Heft 13

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

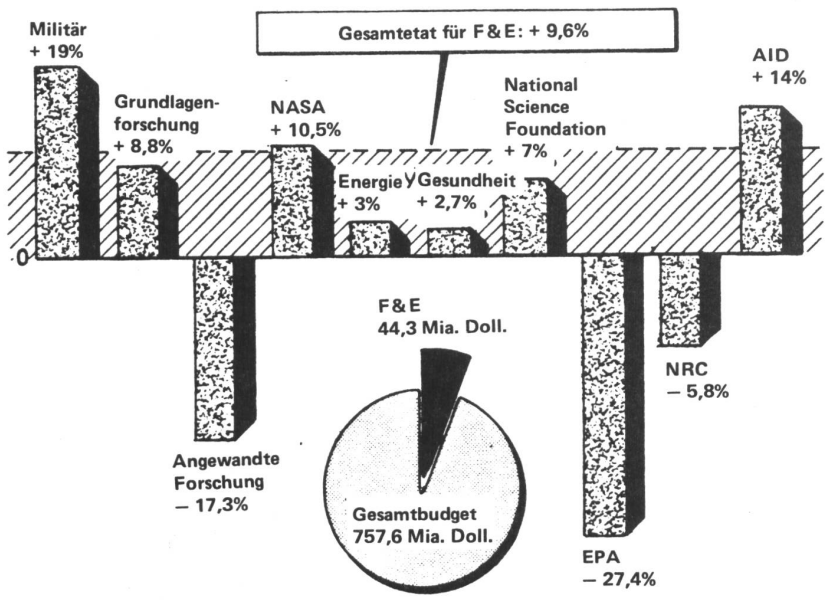
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch



Reagans Haushalt für Forschung und Entwicklung 1983 (ohne Inflationsrate, geschätzt: 7 Prozent). Die Gesamterhöhung des Haushalts geht fast ausschließlich zugunsten des Militärs, zivile F.u.E. erhält nur eine Erhöhung von 0,6 Prozent. In allen Bereichen ist Militärforschung eingeschlossen. Zum Beispiel geht das Geld im Energiebereich vor allem in die Kernwaffenforschung, während die Mittel für die Arbeiten zur Sonnenenergie und zur Energieeinsparung um über zwei Drittel reduziert werden. Die Mittel für Forschungen zu fossilen Energieträgern werden um 75 Prozent gekürzt, fast die Hälfte des Rests geht in die F.u.E. für Kohleverflüssigung. Auch die Kernenergie erfährt eine Kürzung von 6,5 Prozent, aber ein Brüterprojekt bekommt eine kräftige Finanzspritze, sozusagen symbolisch. Die Umweltbehörde EPA wird rabiat beschnitten – mit dem Argument, daß dort Forschungsgeld verschwendet worden sei. Fast die Hälfte des ganzen Geldes geht an das Verteidigungsministerium, 215,9 Milliarden Dollar. Die Mittel für chemische Waffen werden von 532 Millionen Dollar auf 705 Millionen erhöht.

Graphik: New Scientist

Preiskrieg gegen Pharmahersteller in Bangladesh

1972 gründete Zafarullah Chowdbury in Bangladesh ein Volks-Gesundheitszentrum, in dem „Barfußärzte" für die ländlichen Gebiete ausgebildet werden sollten. Billige Arzneimittel waren dringend nötig, doch Medikamente sind in Bangladesh teuer. So wurde mit westlicher Hilfe eine eigene Firma, die GPL, gegründet, die 15–20 Prozent der in Bangladesh benötigten *wesentlichen Medikamente* produzieren soll. Von den 2300 dort gehandelten Markenpräparaten gehören nur etwa 10 Prozent zu denen, die die Weltgesundheitsorganisation WHO als *wesentliche Medikamente* aufgelistet hat. Die GPL soll ihre Produkte 35–50 Prozent unter den üblichen Preisen verkaufen und dabei noch Profit machen. Der Gewinn soll zur Hälfte reinvestiert werden; die andere Hälfte soll in die medizinische Forschung gehen, insbesondere zur Erforschung der einheimischen Kräuter.

Chowdbury hat jetzt die multinationalen Pharmakonzerne beschuldigt, daß sie die Firma durch einen Preiskrieg vernichten wollen. Von den in Bangladesh verkauften Medikamenten (Wert ca. 500 Millionen) kommen 80 Prozent von acht Multis. Bei den Ausschreibungen für Medikamentenlieferungen an die öffentlichen Krankenhäuser 1981 wurde die GPL bei jedem Medikament von mindestens einem Multi unterboten, deren Preise erheblich niedriger als im Vorjahr lagen. Daß es sich dabei um eine Absprache handelt, beweist die Tatsache, daß die GPL sich mit einem Medikament durchsetzen konnte, das im letzten Moment angeboten wurde, ohne daß andere Firmen vorher davon wußten. In diesem Fall lag die GPL 50 Prozent unter dem niedrigsten Angebot (von Hoechst). Die Regierung verhält sich zurückhaltend gegenüber der GPL. Sie hat Angst, daß solche Art Organisation ausländische Investoren abschrecken könnte. Auch UNO Organisationen sind vorsichtig. Die UNICEF kauft keine GPL Medikamente und die WHO hat sich geweigert, ihre Liste der wesentlichen Medikamente in Bengali zu übersetzen. Die GPL wollte die Liste an die Ärzte in Bangladesh verteilen. *WW*

Weltraumgeschäfte

Das Europäische Weltraumunternehmen ESA verhandelt mit der NASA über gemeinsame Entwicklungen. Die eine ist eine neue europäische Trägerrakete, deren erste Stufe wiederverwendbar sein soll. Bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm wird bereits daran gearbeitet. Die ESA hat das Problem, daß das Schuttle der NASA für Satelliten mit niedrigen Umlaufbahnen billiger ist und in diesem Bereich das ganze Geschäft machen könnte, während die NASA unter den Budgetbeschränkungen leidet; das Shuttle ist zwar noch am besten finanziert, aber es sind jetzt nur noch vier statt ursprünglich fünf Shuttles geplant. Das andere Projekt ist eine bemannte Raumstation, an der die Bundesregierung besonders interessiert ist, weil westdeutsche Firmen schon stark an der Entwicklung des Spacelab beteiligt sind. Die Europäer sind allerdings vorsichtig mit der NASA, die angesichts der Reaganschen Finanzpolitik kein verläßlicher Partner ist. Die NASA mußte sich im letzten Jahr aus dem gemeinsamen Projekt zurückziehen, zwei Raumfahrzeuge zur Sonne zu schicken.

Derweil steht in den USA die *Space Transportation Company* als erste in der Schlange, um ein Shuttle zu kaufen, das 1986 fertiggestellt sein soll. Die Gesellschaft meint, daß es kein Problem sei, die runde Milliarde Dollar für den Kauf aufzubringen. Die Gesellschaft ist gerade drei Jahre alt. Sie hat die Zeit damit verbracht, mit Computermodellen die Ökonomie eines kommerziellen Shuttle-Betriebs zu prüfen. Sie ist überzeugt, daß es ein profitables Geschäft ist, Nachrichtensatelliten auf niedrige Umlaufbahnen zu bringen. Die NASA hält den Einstieg privater Firmen in den Shuttle-Betrieb für *unvermeidlich.*

Ein kleines Beispiel für die Anwendungen kommt aus Schweden, das sein Raumprogramm intensiv erweitert. Auf dem geplanten schwedischen Nachrichtensatelliten wird eventuell ein Programm getestet, das jetzt von Saab-Scania entwickelt wird. LKW's im Fernverkehr sollen mit Empfängern und Druckern ausgestattet werden, über die der Einsatz etwa im Nahen Osten oder in Afrika gesteuert werden kann. Man schätzt, daß im Vergleich zum Aufwand erhebliche Einsparungen möglich sind.

Krötenmonster

Im vergangenen Jahr hatte ein Amateur-Herpetologe in einem Steinbruch in Baden-Württemberg mißgebildete Kröten gefunden und dies als Anlaß genommen, an Ort und Stelle Strahlungsmessungen vorzunehmen. Die hohen Werte, die er erhielt, wurden am nächsten Tag von der Landesanstalt für Umweltschutz (LfU) dementiert (s. WW Nr. 9/Mai 82, S. 2). Bei einer Anhörung zu diesem Vorfall im Landwirtschaftsausschuß des Landtages in Stuttgart ergab sich folgendes:

Minister Weiser mußte zugeben, daß die Landesanstalt für Umweltschutz geschlampt hat. In der Diskussion zu den Mißbildungen durften aber die ganzen Vorgänge um die Entdeckung und weiterer Messungen überhaupt nicht angesprochen werden. Die Landesregierung versuchte, durch Prof. Sander, Zoologisches Institut, Universität Freiburg, Hybridisierung als Ursache heranzuziehen. Alle anderen Biologen, einschließlich der übrigen, direkt vom Ministerium beauftragten Gutachter widersprachen dem deutlich. Sie vermuteten alle irgendeine künstliche Ursache.

Was die Strahlenmessungen betrifft, gelang es der Landesregierung, es zu einem Fachstreitgespräch über Meßmethoden, Auswertungsmöglichkeiten und deren Grenzen kommen zu lassen, so daß nur noch Physiker folgen konnten. Die LfU ging selbstverständlich nicht von ihrer stets gemachten Aussage ab. Einwendungen, warum sie nicht genauer gemessen hätten, wurden stets damit abgetan, daß sie dazu nicht verpflichtet gewesen wären und auch keinen Anlaß dazu gesehen hätten.

Wegen der Schlampereien mußte Minister Weiser dann doch noch Gelder für weitere Untersuchungen bewilligen. Nach Presseberichten sollte ursprünglich Prof. Sander die Gelder bekommen. Erst nach einem offenen Brief an alle Parteien und Weiser, in dem deutlich aufgezeigt wurde, daß Sander von Kröten nicht viel versteht und auch in der Anhörung mehrere nicht haltbare – um es vorsichtig auszudrücken – Aussagen gemacht hat, wurde er nicht mehr mit weiteren Untersuchungen beauftragt. Die Untersuchungen soll jetzt Dr. Flindt, PH Ludwigsburg durchführen. Anscheinend ist nur geplant, 1982 und 1983 die Umgebung des Steinbruches nach Kröten, deren Laichplätze und Wanderungen abzusuchen. Strahlenuntersuchungen sind nicht mehr geplant. *WW*